

Neues Abkommen zur Übertragung von Direktversicherungen und Pensionskassen bei Arbeitgeberwechsel

Anfang der 80er Jahre wurde vom (damaligen) Verband der Lebensversicherungsunternehmen das Abkommen zur Übertragung von Direktversicherungen bei Arbeitgeberwechsel vereinbart, dem fast alle Lebensversicherer in Deutschland beigetreten sind. Das Bundesfinanzministerium (BMF) hat dem Abkommen die steuerliche Unbedenklichkeit bescheinigt, das heißt, die Übertragung einer Direktversicherung bei einem Arbeitgeberwechsel löst steuerrechtlich keine Novation aus.

Das Betriebsrentenrecht hat im Rahmen des Alterseinkünftegesetzes neue Regelungen zur Übertragung (Portabilität) gesetzlich unverfallbarer Anwartschaften erhalten (s. DLQ 04/2004). Außerdem haben andere Versorgungsmedien, wie z. B. die überbetriebliche Pensionskasse, im Rahmen der Entgeltumwandlung (§ 1a BetrAVG) eine große Verbreitung erreicht. Daher musste das Übertragungsabkommen angepasst werden.

In dieser Ausgabe:

Übertragung von
Direktversicherungen /
Pensionskassen 1

Pensionszusagen an GGF 2
– Finanzierbarkeit –

Pensionszusagen an GGF 3
– Verzichtproblematik –

Hinweis auf neue
Anschrift 4

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) hat das Übertragungsabkommen entsprechend überarbeitet und das BMF hat inzwischen bestätigt, dass auch die Anwendung des neuen Abkommens bei Übertragung einer Versicherung beim Arbeitgeberwechsel nicht zu einem lohnsteuerlichen Zufluss beim Arbeitnehmer führt. Es liegt steuerrechtlich auch keine Novation vor, wenn die Versicherung nach Übertragung fortgesetzt wird.

Das neue Übertragungsabkommen ist für die Übertragung von Direktversicherungen und Versicherungen einer Pensionskasse beim Arbeitgeberwechsel anwendbar (einschließlich Betriebsübergang gemäß § 613 a BGB). Alle in Deutschland zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Lebensversicherer und überbetrieblichen Pensionskassen, die Mitglied des GDV sind, können dem Abkommen beitreten.

Für Pensionskassen liegt somit erstmals ein Abkommen vor. Die Übertragung ist nicht nur von Pensionskasse auf Pensionskasse, sondern auch von einer Pensionskasse auf eine Direktversicherung (und umgekehrt) möglich. Auch werden sämtliche Wechsel zwischen Kollektiv-/Rahmenverträgen und Einzelverträgen zugelassen.

Fortsetzung von Seite 1

Bislang war die Übertragung von Einzelversicherungen vom Einverständnis des abgebenden Versicherers abhängig. Das gilt jetzt nicht mehr, da der Arbeitnehmer für gesetzlich unverfallbare Anwartschaften aus Zusagen, die ab 2005 erteilt wurden, einen Rechtsanspruch auf Übertragung hat. Der Antrag zur Übertragung der Versicherung muss innerhalb von 15 Monaten (bisher 12 Monaten) nach Ausscheiden des Arbeitnehmers gestellt werden. Die Frist wurde auf 15 Monate verlängert, da der Arbeitnehmer zur Geltendmachung seines Rechtsanspruchs zur Übertragung nach dem Gesetz bereits 12 Monate Zeit hat.

Der übertragende Versorgungsträger überweist dem übernehmenden den Zeitwert der Versicherung, einschließlich Überschuss- und Schlussüberschussanteile, ohne Abzüge.

Nach dem Abkommen verpflichtet sich der abgebende Versorgungsträger auch für Zusagen, die vor 2005 erteilt wurden, den Zeitwert nach § 176 Abs. 3 des Versicherungsvertragsgesetzes ohne Abzüge zu übertragen. Diese Vereinbarung geht im Interesse der Arbeitnehmer über die gesetzliche Regelung hinaus.

Die Übertragung des Übertragungswertes hat für den früheren Arbeitgeber schuldbeitende Wirkung, wenn der Arbeitgeber für die Direktversicherung oder Pensionskasse die versicherungsvertragliche Lösung gewählt hat (in der Praxis ist dies der Regelfall, die m/n-tel Methode stellt dagegen die Ausnahme dar).

Für die übernommene Versicherung werden keine erneuten Abschlusskosten erhoben, und es erfolgt keine erneute Gesundheitsprüfung (bei gleichen biometrischen Risiken). Es gelten ab Übertragungstichtag die Vertragsbedingungen und Rechtsgrundlagen des übernehmenden Versorgungsträgers.

Das Übertragungsabkommen umfasst Direktversicherungen und überbetriebliche Pensionskassen und erleichtert somit die Portabilität auch über verschiedene Durchführungswege hinweg. Im nächsten Schritt wird ein ähnliches Abkommen für überbetriebliche kongruent rückgedeckte Unterstützungskassen angestrebt.

Finanzierbarkeit von Pensionszusagen gegenüber Gesellschafter-Geschäftsführern – BMF-Schreiben vom 06.09.2005 –

Eine wesentliche Voraussetzung für die steuerliche Anerkennung einer Pensionszusage gegenüber Gesellschafter-Geschäftsführern ist deren Finanzierbarkeit.

Nach bisheriger Sichtweise der Finanzverwaltung (BMF-Schreiben vom 14.05.1999) ist eine Pensionszusage dann nicht finanzierbar, wenn bei einem fiktiv unterstellten Eintritt des Versorgungsfalles die Erhöhung der Pensionsrückstellung auf den Barwert der Versorgungsleistung (sog. Bilanzsprungrisiko) zum Ende des Wirtschaftsjahres zu einer bilanziellen Überschuldung führen würde.

Bei der Prüfung der Frage, ob eine bilanzielle Überschuldung vorliegt, werden neben einer bestehenden Rückdeckungsversicherung auch alle materiellen und immateriellen Wirtschaftsgüter der Gesellschaft einschließlich stiller Reserven in die Betrachtung einbezogen.

Der BFH hat mit seinen Urteilen vom 20.12.2000 und 24.01.2001 zur Beurteilung der Finanzierbarkeit eine abweichende Rechtsauffassung vertreten. Hiernach ist bei der Überschuldungsprüfung nur auf den Anwartschaftsbarwert im Sinne des § 6a Abs. 3 Satz 2 EStG, also nicht auf den worst case „Barwert der laufenden Rente“ (Bilanzsprungrisiko bei Tod oder Invalidität) abzustellen.

Fortsetzung von Seite 2

Diese Betrachtungsweise gilt dann auch für die Altersrente, d.h. in Höhe des Anwartschaftsbarwertes zum jeweiligen Alter muss nicht betriebsnotwendiges Vermögen (Rückdeckungsvermögen) nachgewiesen werden.

Mit Schreiben vom 06.09.2005 schließt sich

nun auch die Finanzverwaltung der Rechtsprechung des BFH an, d.h. die Finanzierbarkeit der Pensionszusage wird mit Hilfe des Anwartschaftsbarwertes geprüft. Das Bilanzsprungrisiko (Auffüllung der Pensionsrückstellungen auf den Barwert der laufenden Rente bei Invalidität oder Tod) ist somit aus steuerrechtlicher Sicht nicht mehr zu beachten.

Verzichtsproblematik

Das BMF-Schreiben vom 06.09.2005 betrifft aber nicht nur die Finanzierbarkeit, sondern auch den (Teil-)Verzicht des Gesellschafter-Geschäftsführers auf seine Pensionszusage gegenüber der Gesellschaft.

Ein Verzicht oder Teilverzicht des geschäftsführenden Gesellschafters auf die Pensionszusage führt nach einer BFH-Entscheidung aus dem Jahr 1997 (BFH vom 09.06.1997 – GrS 1/94) dazu, dass bei dem Gesellschafter Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit in Höhe des quantifizierten (Teil-)Verzichts ausgelöst werden und dieser bei der GmbH als verdeckte Einlage zu behandeln ist.

Der BFH geht davon aus, dass

- die Anwartschaft auf Leistungen der Altersversorgung (Pensionszusage) einen einlagefähigen Wert (Wirtschaftsgut) darstellt und
- der Verzicht auf diesen Wert (Anwartschaft) eine Verfügung über diese darstellt, die zu einem Wertzufluss beim Verzichtenden führt.

Der Wertzufluss führt beim Gesellschafter zu Einkünften nach § 19 EStG.

Auf der GmbH-Ebene erfolgt eine Einlage, hierdurch wird eine Kapitalerhöhung bewirkt. Gleichzeitig wird die Pensionsrückstellung für den anteiligen Verzicht Gewinn erhöhend aufgelöst.

Diese negativen steuerlichen Folgen des (Teil-)Verzichts für den Versorgungsberechtigten konnten allerdings vermieden werden, wenn nachgewiesen werden konnte, dass die Finanzierbarkeit der Pensionszusage auf Grund der wirtschaftlichen Lage nicht mehr gegeben war (BMF-Schreiben vom 14.05.1999 Tz.2) Die Pensionszusage konnte also mit Begründung der wirtschaftlichen Lage (die Finanzierbarkeit war nicht mehr gegeben) einvernehmlich angepasst werden.

Eine solche Kürzung sah das BMF mit Schreiben vom 14.05.1999 als betrieblich veranlasst an (Ziffer 2.4.1). Mit dem BMF-Schreiben vom 06.09.2005 wurde nun die Teilziffer 2 des BMF-Schreiben vom 14.05.1999 insgesamt gestrichen (also nicht nur die ursprüngliche Definition der Finanzierbarkeit). Somit wurde auch der Unterpunkt 2.4.1 – ersatzlos – gestrichen und damit die Verzichtsproblematik wieder verschärft. Eine Ausnahme besteht nur für Verzichte wegen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, die bis zum 20.09.2005 (Tag der Veröffentlichung der BFH-Urteile im BStBl) ausgeübt wurden. Für diese Verzichte können auf gemeinsamen Antrag des Gesellschafters und der Gesellschaft die Grundsätze der Tz. 2 des BMF-Schreibens vom 14.05.1999 noch angewendet werden.

Es fehlt zurzeit also eine Erklärung der Finanzverwaltung, unter welchen Voraussetzungen zukünftig ein betrieblich veranlasster Verzicht des Gesellschafter-Geschäftsführers auf seine Pensionszusage bzw. Teile hiervon möglich ist.

Impressum:

Herausgeber:



Achtung !

Neue Anschrift ab 11. August.2005

Schloßstraße 76
51429 Bergisch Gladbach (Bensberg)

Tel.: +49-2204-2011-0
Fax: +49-2204-2011-20
E-Mail: info@dr-lutz-institut.de

Dr. Lutz Institut - das ist umfassende und kompetente Beratung und Betreuung in allen Fragen der betrieblichen Altersversorgung (BAV).

Wir entwickeln nicht nur individuelle Pensions- und Gesamtvergütungskonzepte für Führungskräfte und ihre Mitarbeiter, sondern sorgen auch zuverlässig für deren effektive Umsetzung.

Unser Team berät und betreut Sie

- kompetent mit erfahrenen und hochmotivierten Mitarbeitern*
- individuell mit kundenorientierten und flexiblen Konzepten*
- zielgerichtet mit strategisch durchdachter und systematischer Umsetzung*
- progressiv mit Bezug auf aktuelle Entwicklungen*
- partnerschaftlich mit Fairness und Offenheit*

WWW.DR-LUTZ-INSTITUT.DE

Verantwortlich:

Dr. Joachim Lutz